

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 475

Mittwoch, 22. Dezember 2010

17. Jahrgang

Liebe ¡Fijáte¡-Leserinnen und -Leser

Schon wieder ist ein Jahr vorbei, und noch immer gibt es den ¡Fijáte! Und – gute Nachricht vorweg – es wird ihn auch weiterhin geben. (Die schlechten Nachrichten über Guatemala könnt ihr selber vierzehntäglich im ¡Fijáte! nachlesen.)

Auch wir von der Redaktion haben Erfreuliches zu berichten: Seit zwei Jahren schon schmeissen wir den Laden in neuer Besetzung, und obwohl wir uns physisch noch nie begegnet sind, haben wir uns zu einem guten Team zusammengefunden, in dem die inhaltlichen, familiären, beruflichen und privaten „Spezifitäten“ aller Platz finden. Erfreulich ist auch, dass wir die Anzahl AbonennInnen beibehalten konnten, obwohl Guatemala im Strudel der Nachrichten und Headlines eher in der Hintergrund gerückt ist (was leider nicht heisst, dass es keine haarsträubenden Nachrichten mehr aus dem Land des ewigen Frühlings gäbe!). Ganz besonders freut es uns, dass unser guatemaltekische Freund und Kolumnist Fernando Suazo uns auch nächstes Jahr seine klugen und provokativen Gedanken und Fragen zuschicken wird.

Dank gebührt auch Euch treuen AbonennInnen und LeserInnen (wer weiss, ob ihr immer identisch seid?) für eure Interesse und Engagement für Guatemala. Auch am Tag, an dem gar keine Zeitung mehr über das Land berichten wird, brauchen Guatemala, seine Volks-Organisationen und die sozialen ProtagonistInnen noch unsere Aufmerksamkeit und Solidarität! Bleiben wir dran, auch gegen den Mainstream und trotz aller pessimistischer Prognosen bezüglich der Wahlen, die nächstes Jahr anstehen.

Ein spezieller Dank gebührt allen, die im Hintergrund zum Erscheinen von ¡Fijáte! beitragen. Allen Leuten, die uns mit Informationen beliefern, die sich in Interviews unseren Fragen stellen, die uns ihre eigenen Artikel zur Verfügung stellen, die für Administration und Korrektorat sorgen, die Webseite betreuen und die uns mit ihren Rückmeldungen immer wieder bestätigen, dass es weiterhin nötig ist ¡Fijáte!-mässig dranzubleiben: Muchas Gracias!

Auf ein weiteres Jahr!

Stephan Brües, Barbara Müller, Wiebke Schramm

Der erste ¡Fijáte! 2011 erscheint am 19. Janaur.

Operation Präsidentenpalast 2011: Einfalt in Vielfalt?

Wie im Editorial angetönt sind nächstes Jahr Wahlen in Guatemala – zum Jahreswechsel ein Versuch, das Panorama zu beschreiben. Grundlage des folgenden Textes ist eine Parteienanalyse der Zeitschrift Razón von April 2010, ergänzt durch den Artikel von Danilo Valladderer von Inter Press Service (IPS) „Polemiken und vorzeitiger Startschuss zu den Wahlen“ vom 15. November. Der Wahltermin selbst scheint noch unklar zu sein: manchmal ist von September die Rede, manchmal auch erst von Dezember 2011/Januar 2012. Wann auch immer, gewählt werden der Präsident und Vizepräsident (oder Präsidentin und Vizepräsidentin), die BürgermeisterInnen von 333 Gemeinden, die 158 Kongressabgeordneten und die 20 Abgeordneten des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN). Es ist sicher kein Zufall, wenn von politischen Inhalten wenig die Rede ist: es herrscht eher Einfalt in Vielfalt.

Im zurückliegenden Jahr 2010 begannen auf organisatorischer Ebene die Vorbereitungen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2011. Neue politische Parteien versuchen, die legalen Vorgaben der Obersten Wahlbehörde (TSE) zu erfüllen. Insgesamt gibt es bereits 30 Parteien oder Organisationen, die diesen Weg beschreiten wollen. Im Folgenden stellen wir die wichtigsten Parteien vor:



Die Grosse Nationale Allianz (GANA) / Nationale Einheit der Hoffnung (UNE)

Verbunden mit der eher grauen, unscheinbaren Regierung von Oscar Berger, später – wie auch andere Parteien – kurz vor der Auflösung stehend, hat sie sich nun entschieden, der aktuellen Regierung nachzugeben und in unterschiedlichen Gesetzesinitiativen im Kongress mit der UNE zusammenzuarbeiten. Diese „Romanze“ begann bereits bei den Wahlen 2007 durch einen Pakt, mit dem GANA die Parteibasen der UNE in Bezirken, in denen sie schwach war, unterstützen sollte. Nach Auffassung der UNE-Parteiführer war das Vorhaben jedoch kontraproduktiv, da es eher die GANA gestärkt hatte auf Kosten der UNE-Parteibasen. Die ParteiführerInnen der GANA haben also dank des Paktes hohe lokale Ämter besetzt und insgesamt eine gleiche Machtposition inne wie zu Zeiten der Regierung Berger, ohne dass sie dafür die Mühen eines Präsidentschaftswahlkampfes auf sich nehmen mussten. Nun haben beide Parteien in einer Mitgliederversammlung mit insgesamt 15.000 Teilnehmenden am 8. November 2010 entschieden, eine Koalition für die Wahlen 2011 zu bilden. Ziel ist es, zum ersten Mal in der Geschichte die Wiederwahl eines Präsidenten bzw. seiner Partei zu erreichen.

Nun hat aber die UNE eine sozialdemokratische Orientierung, während die GANA konservativ ist. Dies hat in den Anfangszeiten der Präsidentschaft von Berger zu grossen Spannungen geführt. Nun aber – so UNE-Generalsekretär Fajardo – sei man in einem brüderlichen Dialog zu einem Übereinkommen gekommen, der die politischen Aktivitäten beider Parteien sowohl in der parlamentarischen Arbeit wie im „nationalen Projekt“ voranbringen werde. Der Parteivorsitzende der GANA, Jaime Martínez, lobte die Sozialprogramme der Regierung Colom, die allen Guatemalteken zugute kämen, als Grund der Annäherung. Martínez, der auch Fraktionschef ist, sprach von einer neuen GANA-Partei, die von Männern und Frauen aller Sektoren der Gesellschaft gebildet werde, und davon dass sie durch die Zusammenarbeit der beiden zu einer Kraft werde, die für Guatemala arbeite. Die Zeitschrift Razón sieht im Sozialprogramm der UNE denn auch das wichtigste Instrument zum Stimmenfang, insbesondere auf dem Land. Parteikampagnen mit Flugblattverteilen und ähnlichem hat die UNE dort bisher nicht gemacht, vielmehr sollten GANA-Funktionäre dieses besorgen, nicht immer – wie oben bereits angedeutet – nach dem Geschmack der UNE. Was die Präsidentschaftskandidatin angeht, so war eigentlich immer nur von der Ehefrau von Colom, Sandra Torres, die Rede, jedoch haben die ParteifunktionärInnen das niemals offiziell bestätigt. Das hängt auch damit zusammen, dass es verfassungsrechtliche Bedenken gibt, da Artikel 186 der Verfassung PräsidentschaftskandidatInnen ausschliesst, die in engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Amtierenden stehen. Statt dessen wird vielfach Roberto Alejos, aktueller Kongresspräsident, als Präsidentschaftskandidat genannt.

Die Republikanische Front Guatemalas (FRG)

Viele ihrer herausragendsten FunktionärInnen haben die Partei in letzter Zeit verlassen, da sie ihre Karriere in politischen Parteien weiterverfolgen wollten, die nicht so sehr von Prestigeverlust und Verschleiss geprägt sind. Dieser Schwund war nicht nur quantitativ tödlich für die Partei, sondern auch qualitativ. Sie begann mit dem

Abgang von Arístides Crespo, der sich – selbst während der vierjährigen Regierungszeit der FRG – eine untadelige Ehrbarkeit erhalten hatte und als Präsidentschaftskandidat für 2011 genannt wurde, und endete mit den Umarmungsversuchen gegenüber der Patriotischen Partei im Jahre 2009. Der Partei den Rücken gekehrt haben auch Ronald Sierra, Haroldo Quej Chen und Eduardo Genis Quej (aus Alta Verapaz, einer der zwei Hochburgen der FRG) sowie Ricardo Saravia und Mario Rivera aus dem Quiché. All dies geschah in einer Zeit, in der der „máximo líder“ der Partei, General Efraín Ríos Montt, in ein Alter gekommen war, in dem er nicht mehr dieselbe Energie wie früher hatte, um die Disziplin aufrecht zu erhalten. Es gab sogar Gerüchte, er selbst würde sich aus allen politischen Aktivitäten zurückziehen, Überlegungen, die er jedoch ad acta legen musste angesichts des Schwundes an FunktionärInnen. Angesichts dieser Umstände werden neue Szenarien für die FRG kolportiert: eine davon könnte eine Allianz mit der Regierungspartei sein; im Jahr 2009 hatten die beiden Parteien in mehreren Gesetzesvorhaben kooperiert, und in verschiedenen Medien war von einer möglichen Koalition die Rede. Ein anderes Szenario zeigt eine FRG, die im Alleingang versucht, den Präsidentsessel zu erklimmen, was eine tollkühnes Unterfangen wäre, wenn man die Spaltungen zwischen den FunktionärInnen der Partei berücksichtigt. Als möglicher Kandidat für die Präsidentschaft wurde der Name Luis Rabbé genannt. Rabbé werden konstante Aspirationen auf das erste Amt im Staat nachgesagt, er ist eine bekannte Persönlichkeit, wenn auch geschmäht von bestimmten Sektoren. Wie auch immer, die Zukunft der FRG ist nebulös. Aktuell ist wieder der Name von Ríos Montts Tochter Zury als mögliche Kandidatin gefallen; sie hat trotz verfassungsrechtlicher Bedenken am 10. November selbst ihren Hut in den Ring geworfen, vor allem – wie sie sagt – um für die Unterstützung der Frauen zu werben.

Die Patriotische Partei (PP)

Die Patriotische Partei ist nach Einschätzung vieler KennerInnen eine der Parteien mit den grössten Wahlchancen. Trotz der Verluste mehrerer Kongressmitglieder (aktuell sind es noch 21 PP- Abgeordnete) hat die Partei eine beachtliche Kampfkraft bewiesen. In nur sehr wenigen Fällen hat sie dem Druck oder den Forderungen der Regierungspartei nachgegeben und hat stattdessen eine kritische Haltung aufrecht erhalten. Zudem ist sie auf nationaler Ebene sehr gut organisiert. Es gibt keine Diskussion, dass General Otto Pérez Molina der Präsidentschaftskandidat sein wird.

Die Unionistische Partei (PU)

Die „Sonnenpartei“ hat es trotz der landesweiten Popularität des Hauptstadt-Bürgermeisters und ehemaligen Präsidenten (1996 – 2000) Álvaro Arzú noch nicht geschafft, durchzustarten. Die Versuche, sich auf nationaler Ebene zu konsolidieren, sind gescheitert. In Bezug auf die nächsten Wahlen gibt es verschiedene Unbekannte: Wird Arzú eine neue Amtszeit im „Palast der Wölfin“ (Amtssitz des Bürgermeisters) anstreben? Wer wird es riskieren, als PräsidentschaftskandidatIn der Partei antreten? Hat sich die Partei in der Hauptstadt abgenutzt? Klar ist, dass die PU sehr nahe bis freundschaftliche Beziehungen zur derzeitigen Regierungspartei pflegt, was dazu geführt hat, dass Arzú sein Bürgermeisteramt ohne Einschränkungen führen konnte. Bis Ende 2009 wurde spekuliert, dass Álvaro Arzú als Kandidat für die Vizepräsidentschaft an der Seite von Sandra Torres stehen könnte. Im November 2010 jedoch erklärte Arzú, er wolle selbst als Kandidat der PU wieder an die Macht kommen.

Die Partei Vision mit Werten (VIVA)

Die Partei Vision mit Werten (es ist zu hoffen, dass mit valores Werte und nicht Wertpapiere gemeint sind, die Red.), kurz VIVA, besteht seit dem 28. Mai 2007. Sie wollte bereits an den damaligen Wahlen teilnehmen, um die Kandidatur des evangelikalen Pastoren Harold Caballeros zu unterstützen; da jedoch ihr nationaler Gründungsparteitag zu spät stattfand, konnte sie nicht teilnehmen. Caballeros und seine Partei zählen zum extremsten Flügel der konservativen Parteien, mehr noch als die PP: Der Pfarrer erlangte Berühmtheit durch seine Beteiligung am Plan „Vision für das Land“ und am Projekt Pro-Reforma (siehe ¡Fijáte! 441). Seine Kirche „El Shaddai und die Soziale Bewegung der guten Leute“ ist der Haupttempel der mächtigsten Unternehmer und Banker (die auch der Ex-Präsident Jorge Serrano Elias unterstützt) und hat enge Beziehungen zur Kirche „El Verbo“ (der Efraim Ríos Montt angehört). Beide sind wiederum verknüpft und werden ökonomisch, politisch und ideologisch unterstützt durch nordamerikanische evangelikalische Kirchen. Caballeros erhielt seine theologische Ausbildung während seiner Arbeit als Anwalt in der „Lakewood Church“, einer der grössten protestantischen Kirchen der USA. Nachdem er 2007 nicht zur Wahl antreten konnte, dient VIVA nun als Hoffnungsanker und Möglichkeit, sich aussichtsreich für die Wahl 2011 auszurüsten. Seine erste Kampagne begann 2008 mit dem grosszügigen und landesweiten Aufstellen von Werbetafeln, um die Partei und sein Image zu positionieren. Zugleich nutzt er die Logistik, mit der El Shaddai ausgestattet ist, um sich im Land bekannt zu machen, vor allem über die evangelikalischen Radiostationen sowie vieler anderer Stationen, deren Ziel es ist, sowohl Inhalte (christliche Botschaften) zu senden als auch gleichzeitig Gelder (Förderung durch die Partei) zu generieren. In ihrer Vision für das Land wird übrigens angestrebt, in zehn Jahren den Status eines Entwicklungslandes zu überwinden, und in 30 Jahren in die Welt der Industriestaaten aufzusteigen. Es steht zu befürchten, dass VIVA sehr erfolgreich werden könnte. Im November hat es Gespräche mit Encuentro por Guatemala EG gegeben.

Die Erneuerte Demokratische Freiheit (LIDER)

LIDER ist eine Abspaltung der UNE unter Führung des Kongressabgeordneten aus dem Petén, Manuel Baldizón, die sich gründete, weil die Ambitionen Baldizóns auf die Präsidentschaft unter der UNE-Flagge nicht möglich gewesen waren. Ihre Fraktion, bestehend aus immerhin 24 Abgeordneten, steht inhaltlich völlig getrennt von der Regierung von Colom. LIDER hat aufgrund einiger Gesetzesinitiativen von Baldizón AnhängerInnen gefunden, beispielsweise das Gesetz über die finanziellen Beiträge an Personen über 65 Jahre oder das Gesetz zur Unterstützung für arme Menschen mit chronischen Krankheiten. Auch hat er das Image seines Departments El Petén verbessern können. Allerdings ist nicht alles Gold, was glänzt: ihm werden Irregularitäten bei der Verwaltung von öffentlichen Geldern sowie diktatorisches Machtverhalten gegenüber jenen, die seinen Interessen im Weg stehen, vorgeworfen. Aktuell wurde LIDER von der Obersten Wahlbehörde die Teilnahme verweigert, über den Widerspruch steht die Entscheidung offenbar noch aus.

Victoria

Gleiches gilt auch für Victoria, eine neue politische Partei, man könnte auch sagen: das Familienunternehmen von Abraham Rivero, einem ehemaligen Mitglied verschiedener Parteien (PAN, GANA und PP). Rivero war Bürgermeister von Mixco, gefolgt von seinem Sohn Amilcar und machte diese Stadt so zu einer Art Feudalwesen und Plattform, um Kandidaturen zu fördern. Im Mai 2008 trennte sich die Familie von der PP aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit Pérez Molina und gründete ihre eigene Partei. Rivera engagierte sich im ganzen Land, um die neue Partei bekannt zu machen. Er stellte Wahlplakate auf, in offenem Gegensatz zum Wahlgesetz. Die politischen Geschosse gegen die Familie Rivera zielen auf den Vorwurf der Korruption und Vetternwirtschaft. Insofern ist Victoria kein Projekt, um an die Regierung zu kommen, sondern ein Mittel, um an Abgeordnetensitze und Bürgermeisterämter zu gelangen, Allianzen zu schmieden und Privilegien zu ergattern. Wichtiger als öffentliche Ämter sind gleichwohl Einfluss und Macht.

Die Union des nationalistischen Wandels (UCN)

Die UCN ist eine Partei in der Krise. Gegründet von den ehemaligen FRG-Funktionären Mario Estrada, Baudilio Hichos und Sydney Shaw, nahmen sie an den Wahlen von 2007 teil mit einem – gemessen an den Erwartungen – ordentlichen Ergebnis: fünf Abgeordnete und 12 Bürgermeisterämter. Über der Partei schwebt jedoch weiterhin das Laster der engen Verbindung zur FRG und im Fall Estrada, dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten, Korruptionsvorwürfe aus seiner Zeit als Leiter des gescheiterten Sekretariats für soziale Entwicklung (SEDESOL). Mario Estrada ist besonders bekannt im Osten des Landes, vor allem in Jalapa, Chiquimula und Jutiapa. Im Jahr 2008 behielten die Abgeordneten, Bürgermeister und Funktionäre der Partei ihr plattes und nichtssagendes Verhalten bei. Als Ex-Präsident Alfonso Portillo ins Land zurück kam, schmiss sich die UCN ihm quasi an den Hals und organisierte als erste ein Willkommensfest, öffnete ihm die Pforten der Partei und verteidigte ihn öffentlich gegen alle Vorwürfe. Nachdem die im März 2009 angekündigte Fusion von UCN, PAN und FRG nicht zustande gekommen war und zwei der fünf Kongressabgeordneten ins Lager der UNE wechselten, muss sich Portillo mit einer Kandidatur als Kongressabgeordneter begnügen. Mario Estrada bleibt als naheliegender Präsidentschaftskandidat der UCN übrig. Es gibt jedoch weiterhin Gerüchte über eine Allianz mit der UNE, und Portillo hat sich öffentlich nicht frontal gegen die Regierung Álvaro Colom geäußert, sondern ihr dafür gedankt, dass dieser die Bedingungen für seine Rückkehr etwas sanfter gestaltet hat.

Die Partei des Nationalen Fortschritts (PAN)

PAN, früher eine erfolgreiche Partei in Guatemala, wird heute angeführt von dem Unternehmer Juan Guillermo Gutiérrez und ist die grosse Unbekannte. Nach der Rettung vor der Auflösung und einer internen Säuberung der Partei, die zu einem Refugium der Korrupten zu werden drohte, hat sich die PAN neu organisiert. Nach Aussagen der heutigen FührerInnen war dies eine harte Stück Arbeit. Die Aufgabe bestand darin, einerseits die alten „panistas“ glauben zu machen, dass es sich trotz der Fehler lohnt, weiterzumachen und andererseits die neue Generation davon zu überzeugen, sich zu engagieren. Das ist angeblich geglückt, die Partei gibt sich kampfbereit. Einen Kandidaten haben sie offiziell noch nicht. Es wurde spekuliert, dass Gutiérrez die ideale Wahl wäre – gerade auch weil er keine politische Vergangenheit vorzuweisen hat. Seine Vorfahren (die Dynastie der Pollo-Campero-Gutiérrez) hatten vielmehr stets Unternehmensgeist besessen, und auch er hat sich als erfolgreicher Unternehmer und guter Administrator gezeigt. Gutiérrez hat seine Ambitionen bisher weder bestätigt noch dementiert.

Die Begegnung für Guatemala (EG)

Die EG ist eine der wenigen Parteien, die ein Profil hat, das sowohl das Wahl- wie das Parteiengesetz bis ins Detail respektiert. Dieses Profil wird überwacht von der wichtigsten Figur der Partei, Nineth Montenegro, die weiterhin jegliches gesetzeswidrige Verhalten von Seiten öffentlicher wie auch wirtschaftlicher AmtsträgerInnen anprangert. EG ist eine kleine Partei ohne grosse (Macht-)Ansprüche. Sie hat einen Teil ihrer Stärke durch die Trennung von Winaq verloren. Es gibt derzeit keineN sichtbareN KandidatInnen mit Ausnahme von Montenegro, falls die Vollblutparlamentarierin eine Kandidatur ohne Aussicht auf Erfolg überhaupt akzeptieren würde, womit sie ihre privilegierte Stellung in der Legislative aufgeben müsste. In dieser Hinsicht gibt es Spekulationen über eine mögliche Allianz mit CASA von Eduardo Suger. Offenbar gibt es auch weiterhin noch

keine Personalentscheidung, allerdings berichtet El Periodico von Gesprächen über eine Kooperation zwischen EG und VIVA, dabei sei jedoch nicht über die Frage geredet worden, ob Montenegro Kandidatin für die Vizepräsidentschaft sei oder die Nationale Liste (fürs Parlament) anführe. Der unabhängige Abgeordnete Aníbal García (früher EG) meint, dass Montenegro monatelang die Unterstützung von Alejandro Giammattei, Eduardo Suger (CASA) und Adela de Torrealba (ADN) gesucht habe, allesamt potentielle PräsidentschaftskandidatInnen. Leonel Lira, naher Mitarbeiter von Montenegro und Parteimitglied, dementierte, dass es Annäherung gebe mit der Nationalen Bürger(rechts)bewegung MCN im Hinblick auf die Wahl. Gleichwohl sind – nach einer Meldung der Prensa Libre vom 16.12.2010 – einige Mitglieder von MCN (Luis Pedro Álvarez, Guisela Roldán und Christopher Lewin) der EG beigetreten.

Die Partei Zentrum für Soziale Aktion (CASA)

CASA gründete sich anlässlich der Wahlen von 2007 und erhielt überraschend viele Stimmen. Heute ist die Partei trotz der Abgänge von zwei Abgeordneten weiterhin stark. Ideologisch rechts angesiedelt, wird sie von Eduardo Suger geführt, der auch Präsidentschaftskandidat sein wird. Am 15. November 2009 wurde eine Allianz mit „Compromiso, Renovación y Orden“ (CREO) von Roberto González Díaz-Durán, Industrie- und Bergbauminister unter der Regierung Berger und ehemaliger Kandidat für das Amt des Hauptstadtbürgermeisters, bekannt gegeben. Offenbar ist diese jedoch nicht zustande gekommen, denn ziemlich genau ein Jahr später wurde CREO als die 25. Partei zur Wahl zugelassen. Ebenfalls wurden immer wieder Verbindungen zu EG kolportiert.

Die Bewegung WINAQ

WINAQ war früher im Bündnis mit EG, hat sich aber von ihr getrennt. WINAQ sieht sich als Bewegung für die indigene Bevölkerung und ist am Sammeln der notwendigen Unterschriften, um sich als Partei zu konstituieren und an den Wahlen teilzunehmen zu können. Kandidatin ist wie 2007 die Friedensnobelpreisträgerin von 1992, Rigoberta Menchú. WINAQ definiert sich politisch als Mitte-Links, obwohl nach dem Eintritt von Menchú in die Regierung Berger Zweifel über ihre politische Ausrichtung aufkamen. Diese Kooperation hat ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen sehr belastet. Allerdings gibt es derzeit Kontakte nach links ...

... und die Linke?

Ja, die Linke. Es gibt die **Alternative Neue Nation** (ANN) von Pablo Monsanto, die eng mit der im Kongress vertretenen **URNG/MAIZ** von Hector Nuila kooperiert. Aber eine wirkliche Strategie ist nicht erkennbar, zumindest nicht bezüglich der Wahlen 2011. So wird in einem Kommuniqué vom 26. Oktober 2010 beklagt, dass von den bis dahin 20 für die Wahl 2011 registrierten Parteien nur zwei links stünden, gleichzeitig aber auch, dass „trotz einiger Anstrengungen, eine Einheit zu erreichen, die Linke weiterhin politisch und organisatorisch als versprengt und entzweit wahrgenommen werde. Derzeit hat sie es nicht erreicht, eine alternative und andere politische Option gegenüber den rechten Parteien zu schaffen“. So bleibt es, gemeinsam mit allen linken Gruppen und sozialen Bewegungen dafür zu kämpfen, dass die Oligarchie und ihre rechten MitstreiterInnen ihre Ziele nicht erreichen können. Und im Kommuniqué zur ersten Vollversammlung der ANN im September d.J. wird von bevorstehenden Wahlen gar nicht gesprochen (es gibt nur ein Foto von Rigoberta Menchú, die eine Solidaritätserklärung der Bewegung WinAQ mitgebracht hatte).

Aktuell finden laut Prensa Libre Gespräche zwischen ANN, URNG und WINAQ statt, um eine politische Plattform zu konsolidieren, um mehr Macht auf Gemeindeebene zu erhalten und eine Fraktion von 15 Abgeordneten zu erreichen. Nichtsdestotrotz arbeitet WINAQ weiterhin daran, sich zu einer politischen Partei zu wandeln. Entscheidungen über die Kooperation mit ANN und URNG sollen erst nach dem im Februar geplanten Parteitag gefällt werden.

Im Übrigen gibt es eine weitere sich links verortende Bewegung Neue Republik (MNR), die dabei ist, eine Partei zu werden (laut Prensa Libre vom 15. März 2010). Sie ist eine Abspaltung der EG und will sich insbesondere dem Thema Sicherheit annehmen, da dort nicht die erforderlichen Schritte unternommen würden. Sie wünscht sich auch eine Verfassungsänderung, die es erlaubt, die Einkommen im Land neu zu verteilen. Schliesslich möchte sich die MNR auch um den Umweltschutz kümmern, indem sie etwa die Interessen der indigenen Gemeinden verteidigt besonders dort, wo Minenprojekte stattfinden „ohne Erlaubnis der Bevölkerung“. Generalsekretär der MNR ist der unabhängige Abgeordnete Aníbal García, seine Stellvertreter Mario Antonio Godínez, ein Menschenrechts- und Umweltaktivist aus dem Quiché (CEIBA/Friends of the Earth), und Javier Monterroso vom Institut für Vergleichende Strafrechtsstudien. Bereits im Mai 2009 war auch MNR bei Gesprächen mit den oben genannten linken Parteien für eine Vereinigung/Kooperation beteiligt.

Nachtrag: Am 15. Dezember wurden die Parteien PP, Unionista, VIVA, LIDER mit einer Busse von 125 US\$ belegt und die Partei Aktion für die nationale Entwicklung ADN verwarnt, weil sie viel zu früh mit Wahlpropaganda (Plakaten, Aushängen etc) begonnen haben. Dies darf per Gesetz erst erfolgen, nachdem das Oberste Wahlgericht im nächsten Mai zu den Wahlen aufgerufen haben wird. Unionista verstösst zusätzlich gegen das Wahlgesetz, weil die Partei mit dem Nationalvogel Quetzal, der auch im Landeswappen vorkommt, Propaganda macht.

Ausnahmezustand in Alta Verapaz

Guatemala, 19. Dez. Pünktlich zu Weihnachten verhängt der guatemaltekeische Präsident Alvaro Colom für vorläufig 30 Tage den Ausnahmezustand über Alta Verapaz. Im an Mexiko grenzenden Departement machen sich seit Jahren die Ausläufer des mexikanischen Drogenkartells Los Zetas breit. Deren Bekämpfung ist denn auch das Ziel der Massnahme oder nach Verteidigungsminister Abraham Valenzuela: Die Regierbarkeit garantieren, die verfassungsmässige Ordnung wiederherstellen und die Sicherheit der Bevölkerung von Alta Verapaz garantieren.

Mit dem Ausnahmezustand wird diese verfassungsmässige Ordnung bzw. die verfassungsmässig garantierten Rechte jedoch erst einmal ausgehebelt: Personen können verhaftet werden allein wegen des Verdachts, sie könnten gegen die Regierung konspirieren oder die öffentliche Ordnung stören. Versammlungen und Streiks sind verboten, ebenso Demonstrationen oder sonstige (auch private) öffentliche Spektakel. Die Meinungsfreiheit ist eingeschränkt, die Bewegungsfreiheit auch.

Rund 500 Angehörige der Polizei- und Streitkräfte sind in Vollmontur im Einsatz – in einer Region, die gemäss Gouverneur José Adrián López (der übrigens nicht in die Vorbereitung der Massnahme einbezogen worden ist) normalerweise über 393 PolizistInnen verfügt, was pro 10'000 BewohnerIn einen Polizisten oder eine Polizistin ausmacht. Der für die Region zuständige Polizeichef Carlos Medrano Zapeta wurde freigestellt, offenbar wird Korruption bzw. Zusammenarbeit der örtlichen Sicherheitskräfte mit den Drogenkartellen vermutet.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass gemäss einer Meldung von PrensaLatina vom 14. Dezember US-amerikanische Spezialtruppen im Geheimen auf einer Militärbasis 300 km nördlich von Guatemala Stadt (die Departementshauptstadt von Alta Verapaz, Coban, liegt rund 215 km im Norden der Hauptstadt) guatemaltekeische Soldaten in der Bekämpfung von Narco-Banden ausbildeten. Teil der Tag und Nacht andauernden Übung sei die Ausbildung von Präzisionsschützen und der Umgang mit Sprengstoff bei Überraschungsangriffen.

Was die Truppen am ersten Tag unter dem Ausnahmezustand machten, war die Kontrolle von Fahrzeugen und 16 Hausdurchsuchungen. Bis Redaktionsschluss der Montagsausgaben der guatemaltekeischen Tageszeitungen seien keine nennenswerten Resultate zu verzeichnen gewesen. Im Verlauf des Montags wurden vier guatemaltekeische Männer festgenommen, die mit einem beachtlichen Waffenarsenal unterwegs waren und unter Verdacht stehen, zu den Zetas zu gehören.

Als „transzendente Entscheidung des Präsidenten“ kommentierte Innenminister Carlos Menocal den Ausnahmezustand. Die Menschenrechtsaktivistin Claudia Samayoa ist da schon etwas realistischer. Immer wenn der Ausnahmezustand verhängt werde, käme es zu Menschenrechtsverletzungen, erklärte sie. Ob es Zufall ist, dass er diesmal ausgesprochen wurde, nachdem am 15. Dezember in Guatemala die Weihnachtsferien begonnen haben und auch MenschenrechtsaktivistInnen ihre wohlverdiente Jahrespause machen und erst am 15. Januar wieder in ihre Büros zurückkehren?

Des weiteren will Präsident Colom am Montag, 20. Dezember den Katastrophen-Zustand (eine Vorstufe des Ausnahmezustandes, angewendet im Fall von Naturkatastrophen, jedoch mit ähnlichen Restriktionen wie dieser), den er im Mai dieses Jahres nach dem Tropensturm Agatha ausgerufen hatte, um ebenfalls 30 Tage verlängern. Der Kongress hat noch drei Tage Zeit, diese Massnahme abzusegnen. Frohe Weihnachten in Guate-Mala!

Neue Generalstaatsanwältin

Guatemala Stadt, 9. Dez. Nach einer Vorauswahl von sechs KandidatInnen, die sich für das Amt des Generalstaatsanwaltes bewarben, traf sich der Präsident am 9. Dezember mit den drei übrig gebliebenen KandidatInnen zu einer letzten Auswahlrunde: Claudia Paz y Paz, Marco Antonio Villeda und Henry Francisco Monroy.

Claudia Paz y Paz Bailey war schliesslich die Person, die das Rennen machte und für die nächsten vier Jahre der Staatsanwaltschaft vorsitzen wird. Sie erhielt von der Evaluierungskommission die höchste Punktzahl (77,31 von 100 möglichen Punkten) und setzte sich somit vor ihre Mitstreiter.

Claudia Paz y Paz arbeitet zur Zeit als Direktorin des *Instituts Vergleichender Studien im Bereich Strafwissenschaften von Guatemala* (ICCPG) und kommt aus den Reihen der MenschenrechtsverteidigerInnen. Sie besitzt 18 lange Jahre Erfahrung in Sachen Strafrecht und war u. a. im *Menschrechtsbüro des Erzbischofs* (ODAH) tätig (1992 bis 1994). Zudem ist sie die erste Frau, die in dieses Amt ernannt wurde. Somit gibt Maria Mejía, die die Lücke interimistisch bis zur Ernennung des neuen Chefs bzw. Chefin der Staatsanwaltschaft füllte,

ihre Aufgabe wieder ab. Sie übernahm kurzzeitig die Vertretung, da der letzte Generalstaatsanwalt, Conrado Reyes, nach nur einem Monat Amtszeit abgesetzt wurde. Die CICIG hatte aufgezeigt, dass dieser mit dem organisiertem Verbrechen in Verbindung stand (siehe !Fijáte; 462 und 464).

Paz y Paz liess schon vor ihrer Wahl verlauten, dass sie eng mit der CICIG zusammenarbeiten werde. So wird die Generalstaatsanwältin Fälle fortführen, in denen die CICIG ermittelt hat, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind wie z.B. der Fall des Ex-Präsidenten Alfonso Portillo, der wegen Korruption angeklagt ist.

Von Seiten der Zivilgesellschaft wird die Wahl sehr begrüsst, vor allem in Anbetracht des langen Hin und Her in der Ernennung eines Generalstaatsanwaltes/wältin und auch wenn dies bedeutet, ein wertvolles Mitglied der sozialen Bewegung an die Regierung zu „verlieren“.

Ethnologin ermordet

Guatemala/Huehuetenango, 9. Dez. Ein Fall, der nationale Empörung und internationales Aufsehen hervorrief, ist ein „weiterer“ Frauenmord – an der Ethnologin Emilia Margarita Quan Staackmann, die in Huehuetenango lebte und arbeitete.

Am Morgen des 8. Dezember fand man ihren leblosen Körper, nachdem sie am Vortag zusammen mit einem Kollegen entführt worden ist. Sie waren in einem Auto des *Zentrums für Studien und Dokumentation der Westlichen Grenze von Guatemala* (CEDFOG) unterwegs, als vier stark bewaffnete Männer sie überfielen. Der Kollege und Fahrer wurde geschlagen und dann irgendwo ausgesetzt, Emilia selbst hatte nicht so viel „Glück“. Sie überlebte nicht. Das Auto wurde noch am Tag der Entführung, d.h. am 7. Dezember, von der Polizei beschlagnahmt, die zwei Männer, die es fuhren, wurden als Verdächtige festgenommen. Die Polizei leitete eine Suche nach der 33jährigen Frau ein, was aber nicht reichte, um sie zu retten.

Im Gegenzug wurden zwei der vier vermutlichen Verbrecher von einer wütenden Meute gelyncht, als sie diese zu fassen bekam, den einen auf dem Weg ins Gefängnis, den andern holten sie aus dem Gefängnis heraus. Die 2500 Menschen hatten sich organisiert, als sie vom Verbrechen erfuhren.

Ursprünglich geht man davon aus, dass das Ziel der Aktion ein Autodiebstahl sei.. Man schliesst allerdings andere Motive nicht aus – Motive, die mit Nachforschungen der Ethnologin zu tun haben könnten.

Verschiedene Organisationen wie die Fundación Myrna Mack, das Kollektiv Madre Selva oder auch die Vereinten Nationen verurteilen aufs Äusserste dieses Verbrechen und verlangen Aufklärung.

Im Juni dieses Jahres veröffentlichte CEDFOG einen Bericht über Unregelmässigkeiten in der Ausführung von Projekten des *Departmentalen Entwicklungsrates* (CODEDE) von Huehuetenango.

Fortsetzung im Fall Carlos Vielmann

Guatemala, 10. Dez. Nach anfänglichen Schwierigkeiten, Berufungen und Beschlüssen des Verfassungsgerichts (siehe !Fijáte; 473 und 474) wurde letztendlich am 9. Dezember der Antrag auf Auslieferung von Carlos Vielmann in Spanien eingereicht. Dies geschah durch das Auswärtige Amt, welches den Antrag an die Nationalaudienz Spaniens übergab.

Möglich war dieser Schritt aufgrund der Entscheidung des Vierten Berufungsgerichtes, welches am 8. Dezember den Einspruch der Verteidigung Vielmanns, dem das Verfassungsgericht Recht gegeben hatte, zurücknahm. Nun muss der Antrag den zuständigen Richter in Spanien erreichen, Santiago Pedraz. Diesem fällt die Entscheidung über die Auslieferung zu.

Vielmann wurde am 16. Dezember erneut verhaftet, nachdem er am 23. November auf freien Fuss gesetzt wurde, weil Guatemala keinen rechtsgültigen und termingerechten Auslieferungsantrag gestellt hatte. Bereits einen Tag später, am 17. Dezember, wurde er gegen eine Kautions von 100'000 Euro (zahlbar innerhalb einer Woche) wieder freigelassen unter der Bedingung, sich regelmässig bei der Justiz einzufinden. Ausserdem wurde ihm der (spanische) Pass entzogen.

Kongress verabschiedet das Gesetz zur Beschlagnahmung von Eigentum

Guatemala, 8. Dez. Nach fast sechsstündiger Sitzung verabschiedete der Kongress mit 109 Stimmen das Dekret 55-2010. Dieses setzt sich das Ziel, das organisierte Verbrechen und die Drogenaktivität systematischer zu bekämpfen.

Das Gesetz erlaubt die Beschlagnahme von Gütern, die aus illegalen Geldern stammen, ob nun gekauft oder produziert. Insgesamt betrifft das Gesetz 47 Delikte, in denen die Beschlagnahme durch Regierungsbeamte ausgeführt werden darf, u. a. Entführung, Geldwäsche, Schmuggel und Personenhandel.

Um einen Beschlagnahmungsprozess einzuleiten, muss die Staatsanwaltschaft vor einem Gericht Beweise liefern, die belegen, dass besagte Güter durch Verbrechen erschaffen, erkaufte oder benutzt wurden.

In Kraft treten wird das Gesetz aber erst in sechs Monaten nach seiner Veröffentlichung in der offiziellen Tageszeitung „Diario de Centroamérica“. In der Zwischenzeit sollen die genauen Richtlinien verfasst werden. Ausserdem soll eine Kommission gebildet werden, welche dann über die Verteilung der beschlagnahmten Waren zu entscheiden hat. Diese wird aus dem Vizepräsidenten der Republik bestehen, einem Magistraten des Verfassungsgerichtes, der Generalstaatsanwältin, dem Generalprokurator der Nation sowie den MinisterInnen der Sektoren Regierung, Verteidigung und Finanzen. Des weiteren sollen die sechs Monate genutzt werden, um die Justizbeamten auszubilden, damit das neue Gesetz richtig angewendet wird. Zu diesem Zweck stellt der Staat 10 Millionen Quetzales zur Verfügung

Mehrere soziale Vereinigungen drückten ihr Zufriedenheit mit diesem neuen Mittel der Verbrechensbekämpfung aus, darunter BotschafterInnen, Zivilgesellschaft und die CICIG.

Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Schluck um Schluck

Das frenetische Konsumverhalten, das die kapitalistischen Länder zu Weihnachtszeiten an den Tag legen, schmückt und legitimiert sich mit der Mythologie der Geburt Jesu. Wissenschaftliche Bibelstudien beweisen, dass die sogenannten „Kindheitsevangelien“ von Jesus im ersten Jahrhundert nach Christus entstanden, als eine populäre Version des wenigen, was man vom erwachsenen Jesus wusste: sein gewaltsamer Tod als Strafe für seinen Einsatz in Wort und Tat für die Opfer des herrschenden Systems seiner Zeit. Und seine Auferstehung, verstanden als eine reale Erfahrung seiner Jünger und JüngerInnen, für die er, obwohl als Rebell und Delinquent von den zivilen und religiösen Autoritäten gekreuzigt, auf eine neue und mysteriöse Form lebendig blieb.

Auf diesem zweifellos menschlichen Jesus bauten die ersten christlichen Gemeinden den Mythos seiner Kindheit auf: Geboren in einem Hirtenunterstand ausserhalb der urbanen und heiligen Gebiete, Sohn einer alleinstehenden Mutter und eines Bauern, beide aus einer marginalen Region Galileas stammend, etc. Wie man sieht, alles Charakteristiken von marginalisierten Gruppen. Ursprünglich präsentierte das Christenvolk Jesus als einen, der arm geboren und von den Armen freudig empfangen wurde. Diese Armen wurden in Form der Hirten von Bethlehem dargestellt. Die Armen sahen in ihm einen Anführer oder Erlöser von all den Unterdrückungen, denen sie ausgesetzt waren und die von den religiösen Hierarchen, die gleichzeitig die politischen Chefs waren, sowie vom römischen Reich ausgingen.

Die Neuigkeit bestand darin zu verkünden, dass Gott mit seiner Kraft, die Geschichte zu verändern, sich ausgerechnet unter den Armen und Ausgeschlossenen befindet. Dies widersprach dem allgemeinen Glauben, dass es die religiöse Hierarchie, die Reichen und Politiker, das heisst die Mächtigen seien, die das Schicksal der Menschheit in den Händen habe. Das Kind von Bethlehem war somit eine grandiose und rebellische gute Nachricht, eine frohlockende Überraschung.

Diese Überraschung wird heute missbräuchlich unterdrückt und zum Schweigen gebracht von den lärmenden Sankt Nikolausen des transnationalen Konsums. Aber so wie die Überraschung erlösenden Kindes gibt es unzählige andere Überraschungen, genauso unterdrückt, die wir nebst all dem Grauen und Tod tagtäglich finden können. Niemand kann uns verbieten, nach ihnen Ausschau zu halten, in ihrem Gedenken zu erwachen, zu kämpfen, zu weinen, zu schreien oder zu sterben.

Hier ein paar solcher Überraschungen der letzten Wochen:

* Angeführt von der aktuellen *rabin ajaw* (jährlich gewählte Prinzessin der Maya-Völker), Sara Dalila Mux Mux, einer Maya Kakchiquel, wehrte sich eine Gruppe von *rabin ajaw* gegen die Rolle als folkloristische Figuren, die ihnen gewisse soziale Sektoren zuschreiben und versicherten, einer „*Bewegung des gewaltfreien Widerstandes für die Mutter Erde anzugehören*“. Sie drückten ihre Ablehnung gegenüber den „*Transnationalen, die die natürlichen Ressourcen des Landes ausbeuten*“ aus und beschuldigten die Megaprojekte, die als eine Alternative für die Entwicklung der indigenen Völker angepriesen werden, „*bis jetzt nur Spaltung in den Gemeinden sowie negative Auswirkungen auf die Natur ausgelöst zu haben und eine Bedrohung für die Wasserversorgung darzustellen*“. Die junge Kakchiquel-Frau sagte ausserdem, dass man „*nicht gleichgültig gegenüber der Verfolgung von indigenen AnführerInnen bleiben dürfe, die ihre Rechte verteidigen, wie im Fall*

der acht Frauen, denen ein Strafverfahren droht, weil sie sich gegen die Mine Marlin im Departement San Marcos wehren“. (Prensa Libre 16/12/10)

* Wenige Tage davor, am 9. Dezember, übernahm Claudia Paz y Paz das Amt als Generalstaatsanwältin. Der Beifall der unterschiedlichsten Sektoren („integer, vorbereitet, unabhängig und bewusst“, qualifizierte sie zum Beispiel Alvaro Velásquez der Tageszeitung *Siglo XXI*) war genauso gross wie das Schweigen jener, die die Korrupten und Kriminellen decken. Nach einem Jahr Gerangel, Komplott, Konspiration und Druckausübung – wer hätte da vorauszusagen gewagt, dass die Kollegin Claudia Chefin der Staatsanwaltschaft, einem traditionellen Nest der Mafia, werden würde? Die Staatsanwaltschaft, die bisher das Büro der Täter war, wird nun von einer geleitet, die sagt „Justiz beginnt im eigenen Haus“ (der Staatsanwaltschaft) und ihre „starke Verpflichtung den Opfern gegenüber“ betont.

* Doña Angélica Choc, Witwe von Adolfo Ich Chamán, gab am 1. Dezember 2010 bekannt, dass sie eine Anklage beim Obersten Gerichtshof in Toronto, Kanada, eingereicht habe. Sie beschuldigt die Sicherheitskräfte des in Guatemala tätigen kanadischen Minenunternehmens, ihren Mann umgebracht zu haben. Angeklagt sind die Bergbauunternehmen HudBay Minerals und HMI Nickel, Besitzerinnen der Nickel-Mine Fénix in El Estor sowie das Tochterunternehmen von HudBay, die Guatemalteckische Nickel-Kompanie CGN. Adolfo wurde brutal ermordet, weil er ein indigener Anführer ist, der die Schäden anklagt, welche die Mine in den örtlichen Kekchi-Gemeinden anrichtet. „Die Kugel, die Adolfo tötete, wurde in Guatemala abgefeuert, aber die Entscheidungen die langfristig zur Ermordung von Adolfo führten, wurden in Kanada getroffen ... Wir wissen wer auf Adolfo geschossen hat. es war Mynor Ronaldo Padilla Gonzáles, Chef der Sicherheit des Fénix-Projekts der CGN. Ein Jahr nach der Ermordung ist dieser Mann immer noch in Freiheit“, heisst es in einem Communiqué der Familie Choc. Kanada betreibt im Moment in 100 Ländern 10'000 Minen!

Ja, wir sind vom Tod umgeben. Mehr als 3000 Morde sind in diesem Jahr in Guatemala verübt worden, die meisten von ihnen bleiben straflos. Rund 62'800 Morde seit den Friedensabkommen ... Die Männer und Frauen, die Territorial- und Menschenrechte verteidigen, werden umgebracht. Ein schmerzhaftes Defilée geliebter Namen. Und eine nationale Armee, die davon besessen ist, die Archive seiner Genozid-Operationen der blutigen Jahre (1980 bis 1985) zu verstecken! Der Tod versucht, das letzte Wort zu sein.

Trotz allem ist das Leben unser Komplize und seine Überraschungen stillen unsern Durst, Schluck für Schluck, in dieser Wüste.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-